

Protokoll

17. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Controlling vom 16.09.2020, Lüchow (Wendland), Gildehaus Foyer

Tagesordnung:

Vorlage-Nr.

Öffentlicher Teil

- . Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
1. Genehmigung des Protokolls der 14. Ausschusssitzung vom 03.06.2020
2. Genehmigung des Protokolls der 15. Ausschusssitzung vom 22.06.2020
3. Bauliche Veränderungen in Folge der Corona-Pandemie a) Umnutzung der Kantine im Kreishaus zum Bürger-Service-Bereich b) Anbau am Straßenverkehrsamt zur Raumgewinnung 2020/608
4. Kosten- und Umsetzungskonzept zur Einführung von Livestream-Übertragungen 2020/609
5. Vorgriff auf den Stellenplan 2021 - Pressearbeit 2020/606
6. Vorgriff auf den Stellenplan 2021 - Zulassungsstelle 2020/605
7. Personalbemessung in den sozialen Diensten des Jugendamtes 2020/574
8. Kreisvolkshochschule (KVHS) - Nachtragshaushalt 2020/612
9. Einwohnerfragestunde
10. Antrag der Gruppe grüneXsoli im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 08.06.2020: Weisungen für kommunale VertreterInnen in Gremien von Gesellschaften etc. 2020/547
11. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen
- 11.1. Aktuelle Entwicklung des Budgets
- 11.2. Haushaltswirtschaftlicher Bericht zum 30.06.2020 2020/607

Nicht öffentlicher Teil

12. Eröffnung der nicht öffentlichen Sitzung
13. Genehmigung des nicht öffentlichen Teils des Protokolls vom 03.06.2020
14. Genehmigung des nicht öffentlichen Teils des Protokolls vom 22.06.2020
15. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen

Anwesend:

KTA Carmienke, Christian - Vorsitzender
KTA Allgayer-Reetze, Patricia
KTA Bade, Heike
KTA Fricke, Christine
KTA Hanke, Herbert
KTA Kelm, Andreas
KTA Petersen, Torsten
KTA Hensel, Thorsten
Landrat Schulz, Jürgen
Ehrhardt, Stephanie
Erlebach, Sylvia - Fachdienstleitung Finanzen
Matter, Joel
Wonneberger, Marvin
Schrodt, Manfred

Es fehlen:

KTA Gottberg, Wilhelm von
KTA Maury, Hans-Udo

entschuldigt
entschuldigt

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 17:25 Uhr
nichtöffentlicher Teil: 17:20-17:25 Uhr

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Vorsitzende **KTA Carmienke** begrüßt die Anwesenden und eröffnet den öffentlichen Sitzungsteil um 15:00 Uhr. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

1. Genehmigung des Protokolls der 14. Ausschusssitzung vom 03.06.2020

Anmerkungen zum Protokoll bestehen seitens der Ausschussmitglieder nicht.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen; Ja-Stimmen: 4; Nein-Stimmen: 0; Enthaltungen: 3

2. Genehmigung des Protokolls der 15. Ausschusssitzung vom 22.06.2020

Anmerkungen zum Protokoll bestehen seitens der Ausschussmitglieder nicht.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen; Ja-Stimmen: 5; Nein-Stimmen: 0; Enthaltungen: 2

3. Bauliche Veränderungen in Folge der Corona-Pandemie a) Umnutzung der Kantine im Kreishaus zum Bürger-Service-Bereich b) Anbau am Straßenverkehrsamt zur Raumgewinnung 2020/608

a) Umnutzung der Kantine im Kreishaus zum Bürger-Service-Bereich

FDL Erlebach erläutert die Vorlage.

Herr Schrodtt vom GM stellt das Konzept für die Umsetzung der Kantine im Kreishaus zum Bürger-Service-Bereich vor.

KTA Carmienke fragt, ob es auch möglich wäre Fertigbauelemente zu verwenden und ob dieses seitens des GM geprüft wurde.

Herr Schrodtt entgegnet, dass dieses bereits geprüft wurde. Diese seien für die Verwendung in der ehemaligen Kantine nicht wirklich sinnvoll (Beispiel: Fertigbauelemente werden mit Decken geliefert; diese würden in der ehemaligen Kantine nicht benötigt werden).

KTA Carmienke fragt nach, ob es eine durchschnittliche Besucherzahl pro Tag im Kreishaus gebe. Des Weiteren fragt er nach, wie sich die Zahl der 6 Meetingspoints ergebe.

Herr Schrodtt stellt dar, dass derzeit natürlich relativ wenige Besucher ins Kreishaus aufgrund von Corona kommen würden. Die Anzahl der Meetingspoints wurde vom FD 10 gemeldet.

LR Schulz teilt mit, dass dieses Thema geklärt werde. Bis zum Kreistag werde die Besucherzahl ermittelt. Die Besucherzahlen sollten aus der Zeit vor Corona stammen.

Anmerkung zum Protokoll: Die aktuellen Besucherzahlen liegen bei ca. 30 Tagen (unter den Bedingungen von Corona).

KTA Hanke gibt bekannt, dass er grundsätzlich nicht gegen die Maßnahme sei. Er sei daran interessiert, dass die Verwaltung unter guten Bedingungen arbeiten könne. Die Hoffnung bestand für ihn jedoch, dass nach einer konkreten Planung die Kosten womöglich günstiger ausfallen würden. Dies sei leider jedoch nicht der Fall. Er sei verwundert darüber, dass diese Maßnahme so schnell ginge und andere Dinge länger dauern würden. Zudem finde er es bedauerlich, dass die Gelder dafür dann aus dem allgemeinen Unterhaltungsetat des Gebäudemanagements kämen. Dafür müssten dann Schulen auf Unterhaltungsmaßnahmen warten.

KTA Petersen fragt nach, ob die Maßnahme bei den Mitarbeitern Anerkennung finde und dieses Konzept auch gelebt werden würde.

LR Schulz erwähnt, dass dieses Thema schon seit zwei/drei Jahren auf dem Tisch sei. Auch damals noch unter der Federführung vom ehemaligen EKR Teske. Das Personal signalisierte damals auch schon ein Bedürfnis nach Sicherheit. Damals wurde eine Arbeitsgruppe gegründet. Ziel war damals ein Bürgerbüro, welches der **LR Schulz** jedoch nicht ganz vertreten habe, da es einen derartigen Bürgerkontakt, wie in Samtgemeinden, in der Kreisverwaltung nicht gebe. Im Fokus stehe jetzt eine Entflechtung des Kreishauses. Ziel sei, dass der Sachbearbeiter den Weg zum Bürger suche und nicht der Bürger zum Sachbearbeiter. Die Maßnahme sei mit dem Personalrat und mit den Fachdienstleitungen abgestimmt. Die Samtgemeinde Lüchow (Wendland) sei dabei auch ein ähnliches Konzept anzustreben.

KTA Fricke fragt nach, ob es nicht eine andere Lösung für die Maßnahme geben könne, die kostengünstiger sei. Für den Bürger sei dies nicht vertretbar.

LR Schulz erwähnt, dass auch Politik sich mit dem Gedanken anfreunden müsse auch für die Verwaltung langfristig wieder Geld in Hand nehmen zu müssen, siehe auch Onlinezugangsgesetz. Der strukturschwache Landkreis habe seit Jahren mit einem Unterhaltungsstau, nicht nur an Schulen, zu kämpfen. 2014/2015 hatten wir noch eine ausgeglichene Haushaltsplanung mit einem Volumen von 104 Mio. €, derzeit seien wir bei ca. 140 Mio. €. Das sei ein enormer Sprung innerhalb von nur 5 Jahren. Bauliche Mängel an den Schulen gebe es, das sei **LR Schulz** bewusst. Die Schul-Budgets seien jedoch nicht schlecht ausgestattet.

KTA Carmienke ist der Meinung, dass die Verwaltung gut ausgestattet werden sollte. Aber die Frage sei, ob dieses nicht auch günstiger gehen würde. Die Verwaltung hatte auch noch andere Vorschläge unterbreiten können.

KTA Kelm ist grundsätzlich für die vorgeschlagenen Maßnahmen. Die Verwaltung müsse sich aus seiner Sicht weiterentwickeln. Zudem müsse sie sich an die neuen Bedingungen anpassen. Die Maßnahmen sollen aus den Unterhaltungsmaßnahmen des Gebäudemanagements finanziert werden. Er fragt nach, ob sich dann die anderen Maßnahmen verschieben würden oder ob andere Maßnahmen dann nächstes Jahr zusätzlich mit eingeplant würden. Seiner Meinung nach handele es sich bei der geplanten Maßnahme um eine Investition.

FDL Erlebach gibt bekannt, dass es sich um keine Investition handelt, da das Gebäude in Summe betrachtet werden müsse. Die Maßnahme wirke sich nicht wertsteigernd aus.

Herr Schrodtt gibt bekannt, dass es durchaus möglich sei einige Maßnahmen zu verschieben, da diese nicht unbedingt dringlich seien. Die Maßnahme könne sicherlich günstiger durchgeführt werden, aber dann wäre der Schallschutz oder auch der Datenschutz nicht mehr gegeben. In den Kosten sei bereits die Büroausstattung enthalten, jedoch nicht die IT-Ausstattung.

KTA Hensel erklärt, dass die Mitarbeiter der Kreisverwaltung und auch die Bedingungen für deren Arbeit wichtig seien. Für ihn sei jedoch fraglich, über wieviel Publikum tatsächlich gesprochen werde. Für ihn sei auch fraglich, ob die Besprechungsräume im Kreishaus nicht ausreichend seien. Er stellt in Frage, ob die Maßnahme wirklich notwendig sei und was tatsächlich finanzierbar sei.

KTA Petersen stellt nochmal klar, dass er die Maßnahme natürlich unterstütze wenn der Personalrat und die Mitarbeiter hinter der Maßnahme stehen. Zudem seien die Mitarbeiter auch zu schützen.

KTA Bade fragt nach, wie teuer der Umbau der Pausenräume dann noch zusätzlich wäre.

Herr Schrodtt legt dar, dass baulich etwas verändert werden müsse, aber dieses würde nicht viel kosten und würde über das laufende Unterhaltungsbudget finanziert werden.

LR Schulz ergänzt auch, dass die zusätzlichen Büroräume möglicherweise gar nicht umgebaut werden müssten. Des Weiteren wurden die Mitarbeiter befragt, wie der Bedarf nach einer Mittagsverpflegung aussehe. Die Nachfrage sei schwindend gering gewesen. Es sollen im Kreishaus aber zwei Automaten aufgestellt werden mit Snacks und Getränken. Zu den Sitzungsräumen gebe es Reservierungsmöglichkeiten und ein Managementsystem. Zudem seien die Räume stark frequentiert.

b) Anbau am Straßenverkehrsamt zur Raumgewinnung

FDL Erlebach erläutert die Vorlage.

Herr Schrodtt stellt das Konzept vor.

KTA Kelm fragt nach, ob sich der Bürgerkontakt nicht langfristig im Straßenverkehrsamt verringern würde aufgrund der Digitalisierung.

KTA Carmienke ergänzt zudem, dass es in anderen Landkreisen auch die Möglichkeit gebe diese Dienstleistung von den Samtgemeinden erledigen zu lassen. Eine Entflechtung in Lüchow könne so auch erreicht werden.

LR Schulz stellt klar, dass die beiden Samtgemeinden Elbtalaue und Lüchow (Wendland) bereits Aufgaben als untere Straßenverkehrsbehörde wahrnehmen. Digitalisierung in der Verwaltung bedeutet derzeit, dass es digital bearbeitet werde. Aber von digitalen Prozessen und Aufgabenverlagerungen seien die Verwaltungen generell noch weit entfernt, sodass mit Personaleinsparungen nicht unbedingt gerechnet werden könne.

KTA Kelm stellt dar, dass die Samtgemeinde Amelinghausen und die Stadt Bleckede Zulassungen für den Landkreis Lüneburg wahrnehmen.

KTA Hensel erwähnt, dass die Überlegungen der Aufgabenverlagerung an die Samtgemeinden zu Entlastungen im Straßenverkehrsamt des Landkreises Lüchow-Dannenberg führen würden. Seiner Meinung nach sei fraglich, ob der Landkreis sich den Anbau wirklich leisten könne.

KTA Fricke fragt nach, wie die digitalen Angebote vor Corona und während Corona genutzt wurden.

FDL Erlebach erläutert, dass es nicht viele Veränderungen gegeben habe und die digitalen Angebote des Straßenverkehrsamtes nur wenig genutzt werden. Das Verfahren sei zu aufwendig.

KTA Hanke betont, dass die barrierefreien Maßnahmen zeitnah umgesetzt werden sollten.

KTA Petersen stellt dar, dass es auch bei den Samtgemeinden zu Personalkosten kommen werde, wenn diese die Aufgaben übernehmen würden. Das sei genau zu prüfen. Wenn der Raumbedarf grundsätzlich gesehen werde, müsse die Maßnahme umgesetzt werden. Die Digitalisierung in der Verwaltung wird auch seiner Meinung nach dauern.

KTA Hensel fragt nach, wie teuer diese Maßnahme sei.

Herr Schrodft gibt bekannt, dass sich die Kosten auf ca. 200.000 € bis 250.000 € belaufen werden.

KTA Kelm stellt dar, dass gem § 110 NKomVG die Verwaltung sparsam und wirtschaftlich handeln müsse. Er stellt daher den Änderungsantrag, dass die Verwaltung die kommunale Zusammenarbeit mit der Samtgemeinde Elbtalaue im Hinblick auf das Zulassungsgeschäft prüfen möge. Solange bis dieser Punkt nicht geklärt sei, soll die Maßnahme zunächst zurückgestellt werden. Zudem sollen die Kosten kalkuliert werden.

Der Kreistag beschließt:

a) die bisherige Kantine des Kreishauses zu einem Bürger-Service-Bereich umzubauen. Die dafür erforderlichen Haushaltsmittel von ca. 250.000 EUR werden durch Zurückstellung von Unterhaltungsmaßnahmen des Gebäudemanagements zur Verfügung gestellt.

b) Die Verwaltung wird beauftragt, die Möglichkeit einer Kooperation mit der SG Elbtalaue zur Übernahme der Aufgabe der Zulassung für den Bereich der Samtgemeinde Elbtalaue zu prüfen und einen Kostenvergleich zwischen Anbau und Koopertaion vorzulegen.

Abstimmungsergebnis.

a) mehrheitlich abgelehnt. Ja-Stimmen: 2; Nein-Stimmen: 3; Enthaltungen: 2

b) geändert empfohlen. Ja-Stimmen: 6; Enthaltungen: 1

4. Kosten- und Umsetzungskonzept zur Einführung von Livestream-Übertragungen

2020/609

LR Schulz erläutert die Vorlage.

KTA Kelm bedankt sich für die ausführliche Vorlage. Er befürwortet die Übertragung der Kreistagssitzungen, halte aber die Übertragung der einzelnen Ausschüsse für zu viel. Ihm fehle jedoch der Aspekt des Datenschutzes. Dazu gebe es Hinweise und Regelungen von der Landesdatenschutzbeauftragten.

LR Schulz stellt klar, dass auch die Datenschutzbeauftragte des Landkreises mit eingebunden sei. Sie habe hier datenschutzrechtlich keine Bedenken. Die Rechte an Bild und Ton seien aber das Problem. Die Verwaltungsmitarbeiter müssten diesem zustimmen, da diese zum Teil auch auf den Übertragungen zu sehen seien. Beim Landrat selbst sei es kein Problem. Personell und kostenmäßig sei die Maßnahme dann nicht das Problem. Einige Fachdienstleitungen haben jedoch bereits Bedenken geäußert.

KTA Fricke stellt dar, dass damit auch Kosten verbunden seien und sie davon nicht wirklich begeistert sei. Sie fragt nach, ob es nicht möglich sei ein bis zwei Probesitzungen damit durchzuführen. Es hänge ja auch von Zuschauerzahlen ab.

LR Schulz ergänzt, dass auch eine Anfrage gestellt wurde, ob eine Kooperation mit den Samtgemeinden möglich sei. Dies wurde in der letzten HVB Runde angesprochen. Eine ablehnende Haltung kam von der Samtgemeinde Gartow und auch von der Samtgemeinde Lüchow (Wendland). Bei diesen wurde es in den Gremien noch nicht thematisiert. Die Samtgemeinde Elbtalau stellt dar, dass es dort schon einmal Thema gewesen sei, aber es keine Beschlusslage dazu gebe.

KTA Petersen könne die Ansicht nicht wirklich nachvollziehen. Es würde ständig an Optimierungen der Kreisverwaltung gearbeitet. Er könne den Live-Stream nicht unterstützen. Den Ausbau von Pressearbeit würde er aber unterstützen.

KTA Hensel stellt es in Frage, wieviel dieses Angebot tatsächlich von Bürgern angenommen werde. Es gebe wichtigere Dinge, die finanziert werden sollten.

KTA Carmienieke stellt dar, dass auch eher der Live-Stream Übertragung „zwiegespalten“ gegenüber stehe. Auf der einen Seite müsse man die Bürger mehr erreichen und zudem sei ein Live-Stream zukunftsweisend. Zum anderen sei die Frage, ob das Interesse überhaupt da sei. Die Kosten seien illusionär. Er halte nichts davon Jemanden für diese Aufgabe einzustellen. Es sollte extern vergeben werden. Des Weiteren sei die Frage, wie dieses umzusetzen sei. In den Fachausschüssen würde viel mehr diskutiert werden als im Kreistag

KTA Kelm weist darauf hin, dass es bereits einen Kreistagsbeschluss dazu gebe, dass diese Aufgabe gemacht werden solle. Zudem müsse der Live-Stream von der eigentlichen Pressearbeit getrennt werden. Ob dieses Angebot genutzt wird, weiß derzeit niemand. Die Kosten würden sich auch im Rahmen halten, wenn die Gerätschaften angeschafft und durch die IT betreut werden würden. Aufgrund der Überalterung der Bevölkerung und auch des Klimaschutzes sollten diese Maßnahmen getroffen werden. Die Kosten hielten sich für die Gerätschaften in einem erträglichem Rahmen von 3.000 €.

KTA Hanke ist der Meinung, dass dieses in den Fraktionen diskutiert werden solle. Zudem ist er auch der Meinung, dass Pressearbeit und Live-Stream unterschieden werden müsse.

LR Schulz weist auch nochmal darauf hin, dass die Pressearbeit zugenommen habe und die Stellenanteile beim Landkreis längst überholt seien. Derzeit hat der Landkreis für Pressearbeit nur einen Stellenanteil von 0,1 VK im Landratsbüro. Aufgebessert wurde dieser mit 0,2 VK. Diese Stellenanteile reichen jedoch bei Weitem nicht mehr aus. Unberücksichtigt bleibe hier die Social Media-Arbeit. Die Pressearbeit solle 1,0 VK beim Landkreis betragen.

Abstimmungsergebnis: behandelt ohne Beschlussempfehlung

5. Vorgriff auf den Stellenplan 2021 - Pressearbeit
--

2020/606

KTA Kelm fragt nach, welche Qualifikation die zukünftige Stellenbesetzung habe.

LR Schulz kann diese Frage nicht konkret beantworten. Diese Information wird nachgeliefert.

Anmerkung zum Protokoll: Studium der Erziehungswissenschaften (Schwerpunkt: Organisationspädagogik) mit Abschluss Diplom Pädagogin; seit 2001: Presse- und Öffentlichkeitsarbeit beim Museumsverbund; seit 2010: Pressearbeit beim LK DAN)

FDL Erlebach stellt dar, dass die Stelleninhaberin während der Vakanz auf der Pressestelle die Pressearbeit zu der Zeit von Corona wahrgenommen hat.

KTA Petersen hält es für wichtig die Qualifikation zu überprüfen. Die Stelleninhaberin hält er aber auch für die Arbeit die Richtige.

Der Stellenumfang für den Bereich Pressearbeit wird im Vorgriff auf den Stellenplan 2021 unbefristet um 0,50 VZÄ der Entgeltgruppe 9a der Anlage 1 – Entgeltordnung (VKA) ausgeweitet.

Abstimmungsergebnis: einstimmig empfohlen, Ja-Stimmen: 7

6. Vorgriff auf den Stellenplan 2021 - Zulassungsstelle
--

2020/605

FDL Erlebach erläutert die Sitzungsvorlage.

KTA Kelm findet die Besetzung der Stelle wichtig, unabhängig von der Anfrage an die Samtgemeinde Elbtalaue, auch unter der Berücksichtigung, dass im nächsten Jahr in diesem Bereich jemand in Rente gehen werde.

Der Stellenumfang der Zulassungsstelle wird im Vorgriff auf den Stellenplan 2021 unbefristet um 0,64 VZÄ der Entgeltgruppe E 5 der Anlage 1 – Entgeltordnung (VKA) ausgeweitet. Anfang des Jahres soll eine Personalbemessung im Bereich der Zulassungsstelle durchgeführt werden.

Abstimmungsergebnis: geändert empfohlen; Ja-Stimmen: 7

7. Personalbemessung in den sozialen Diensten des Jugendamtes
--

2020/574

FDL Erlebach erläutert die Vorlage.

KTA Kelm befürwortet diesen Antrag. Er erwähnt, dass jetzt alle Stellen im ASD besetzt seien und nach einem Qualitätsstandard gearbeitet werde. Der Jugendhilfeausschuss habe diesem auch zugestimmt.

Die zunächst bis zum 31.12.2020 befristete Stellenausweitung in den sozialen Diensten des Fachdienstes 51 – Jugend-Familie-Bildung- in einem Umfang von insgesamt 3,0 VZÄ S 14 wird bis zum 31.12.2021 fortgeführt.

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zum 31.07.2021 eine Bedarfsanalyse anhand der Auswertung der Arbeitsprozesse auf der Basis der neu installierten Fachanwendung OPENWeb/FM sowie eine Personalbemessung aufgrund des eingeführten Auswertungsmoduls KRISTALL vorzunehmen und den Kreisgremien vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig empfohlen, Ja-Stimmen: 7

8. Kreisvolkshochschule (KVHS) - Nachtragshaushalt

2020/612

SL Ehrhardt erläutert die Vorlage.

KTA Carmienke fragt nach, wie es bei der KVHS mit den digitalen Angeboten aussehe.

SL Ehrhardt berichtet, dass die KVHS bereits mit VIONA arbeitet. Dieses sei ein digitales Programm welches Online-Kurse ermögliche.

LR Schulz kann den Ausführungen von Frau Ehrhardt zustimmen. Erwähnt aber auch, dass dieses ein externes Programm sei und die KVHS demnach nicht wirklich ein Interesse daran habe dieses auszuweiten. Daran verdiene die KVHS jedoch nichts. Der neue Geschäftsführer soll sich jedoch diesem Thema annehmen.

KTA Fricke fragt nach, ob die KVHS in der Coronasituation nicht auch Kurzarbeit hätten anmelden können.

SL Ehrhardt erklärt, dass lt. Auskunft von Frau Matzker-Steiner der Aufwand bei der Stammbesetzung nicht geringer war, sodass eine Anmeldung von Kurzarbeit nicht in Frage gekommen sei.

Der Kreistag beschließt die Mehraufwendungen in Höhe von 52.985 € für die KVHS. Bedingung dafür ist, dass die Vertreter des Landkreises in der am 14.09.2020 stattfindenden Zweckverbandsversammlung der KVHS den Nachtragshaushaltsplan und die Nachtragshaushaltssatzung für das Jahr 2020 beschließen. Der Beschluss der Zweckverbandsversammlung wurde/wird unter dem

Gremienvorbehalt der beiden Landkreise Uelzen und Lüchow-Dannenberg gefasst.

Abstimmungsergebnis: einstimmig empfohlen; Ja-Stimmen: 5; Enthaltungen 2

9. Einwohnerfragestunde

Die Einwohnerfragestunde wurde durch den Vorsitzenden KTA Carmienke um 15:58 Uhr eröffnet und um 15:59 Uhr geschlossen.

10. Antrag der Gruppe grüneXsoli im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 08.06.2020: Weisungen für kommunale VertreterInnen in Gremien von Gesellschaften etc.	2020/547
---	----------

KTA Kelm merkt an, dass die Frage gestellt wurde, ob die kommunalen Vertreter/innen in Gesellschaften Weisungen erhalten können. Dieses wurde bestätigt. KTA Kelm möchte daher beantragen, dass die GWBF die Gelder der Avacon-Aktien für den Klimaschutz verwende. Die entsprechenden Vertreter sollen dazu angewiesen werden, so zu beschließen.

LR Schulz führt aus, dass der GWBF zur Gründung die Avacon Aktien zur Verfügung gestellt wurden, damit diese überhaupt über Stammkapital/Eigenkapital verfüge. Dieses wurde nicht umsonst gemacht, sondern das Eigenkapital sollte marktgerecht verzinst werden. Damals wurde ein Zinssatz festgelegt, der aus heutiger Sicht nicht mehr wirklich marktgerecht sei. In den letzten Jahren habe die GWBF aber immer relativ unankündigt von Avacon deutlich höhere Ausschüttungen an Dividenden bekommen. Diese können mit dem Verzinsungssatz nicht mehr zum Landkreis zurückgeholt werden. Der Zinssatz sei dann so hoch, dass dieser nicht vertretbar bzw. marktgerecht wäre. Eine deutliche Dividende verbleibe also bei der Wirtschaftsförderung (GWBF). Hier wäre dann zu klären, was mit diesem Geld passieren soll. Hier hatte der Kreisausschuss einmalig in einem Ausnahmefall eine Weisung erteilt, dass diese Mittel für den Klimaschutz zu verwenden seien. Zukünftig könne der Landkreis diese Weisung über den KA aussprechen, jedoch sollte vorher geklärt werden, ob die Wirtschaftsförderung damit einverstanden sei. Die Wirtschaftsförderung hat nicht die Aufgabe von Klimaschutz. Ein richtigerer und sauberer Weg wäre, dass der Landkreis die Ausschüttung der Dividenden zurückverlangen würde. Diese müsste dann jedoch versteuert werden. Die Versteuerung würde momentan vermieden werden. Der Landkreis würde hier nicht drumherum kommen. Die Mittel konnten dann vom Landkreis vereinnahmt werden und auf Kreisebene verteilt werden, z.B. für den Klimaschutz. Ob die Mittel von der GWBF direkt für den Klimaschutz verwendet werden können, müsste durch einen Steuerberater geprüft werden.

FDL Erlebach ergänzt, dass auch die GWBF selbst Klimaschutzmaßnahmen veranlassen kann. Dafür sei diese jedoch personell nicht ausgestattet.

KTA Petersen gibt zu Bedenken, dass der GWBF nicht vorgegeben werden sollte, dass die Mittel für den Klimaschutz ausgegeben werden sollten. Es seien hier noch andere Akteure in diesem Gremium. Diese würde dann überstimmt werden.

KTA Carmienke schlägt vor diese Fragestellung wenn möglich bis zum nächsten KA zu klären.

11. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen

11.1. Aktuelle Entwicklung des Budgets

Der TOP 11.1 und 11.2 wurden zusammen erläutert.

11.2. Hauswirtschaftlicher Bericht zum 30.06.2020	2020/607
--	----------

SL Ehrhardt erläutert die Vorlage.

KTA Kelm fragt nach wie es mit der Beitragsfreiheit in den Kitas aussieht. Wie viele Kosten hat hier der Landkreis zu tragen.

FDL Erlebach erläutert, dass der Landkreis hier allein durch die veränderten Bedürfnisse der Bevölkerung

Mehrkosten zu tragen hat. Genau würden dies aber die Kollegen mit FD 51 wissen.

KTA Hanke fragt nach wie viele Stunden für die Betreuung in den Kitas bezahlt werden.

FDL Erlebach ist der Meinung, dass die Beitragsfreiheit für eine Betreuungszeit von bis zu acht Stunden gelte.

KTA Carmienke fragt nach, ob es Möglichkeiten in der Verwaltung gebe, wo Personal abgebaut werden könne.

FDL Erlebach entgegnet, dass in ihrem Bereich 0,5 VK abgebaut wurden, da der Rechnungsworkflow eingeführt wurde.

Nichtöffentlicher Teil

12. Eröffnung der nicht öffentlichen Sitzung

Der nicht öffentliche Teil der Sitzung wird um 17:20 Uhr eröffnet.

13. Genehmigung des nicht öffentlichen Teils des Protokolls vom 03.06.2020

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen; Ja-Stimmen: 4; Enthaltungen: 3

14. Genehmigung des nicht öffentlichen Teils des Protokolls vom 22.06.2020

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen; Ja-Stimmen: 5, Enthaltungen: 2

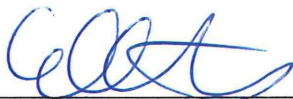
15. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen

Es erfolgt eine Aussprache über Stellen, -besetzungen und -leistungserbringung in der Kreisverwaltung.

Der Vorsitzende **KTA Carmienke** beendet die Sitzung um 17:25 Uhr.

gez. Carmienke

Vorsitzender



Protokollführung